



Unionsbürger verlangen soziale Sicherheit

Die Globalisierung verunsichert die Europäer. Nur noch jeder zweite glaubt an eine sichere Zukunft. Die EU-Kommission hat nun ein Sozialpaket vorgestellt, das die Unionsbürger näher ins Zentrum der EU-Politik rückt. Obwohl schon länger in Vorbereitung, erweist sich die Initiative von Kommissar Vladimír Špidla als notwendige Reaktion auf das Problem der steigenden Lebensmittel- und Energiepreise.

Die Stimmung unter den Unionsbürgern ist derzeit nicht gut: Laut einer im Auftrag der EU-Kommission veröffentlichten Umfrage fürchten über die Hälfte der Europäer, dass die Globalisierung den wirtschaftlichen Wohlstand in Europa schmälern wird. 57 Prozent der rund 25.000 Befragten stimmten der Aussage zu, in 20 Jahren würden die Europäer aufgrund zunehmenden Wettbewerbs durch Schwellenländer wie China und Brasilien weniger verdienen.



Ein soziales Europa ist wichtiger denn je, doch in der Binnenmarktgesetzgebung der EU ist die soziale Dimension oftmals ein Schlagwort am Rand geblieben. Seit die Märkte unter einem zunehmenden globalen Wettbewerbsdruck stehen, vergrößern sich die Einkommensunterschiede. Diese Entwicklung belastet nicht nur die Sozialsysteme, sondern auch die europäische Wirtschaft insgesamt. Denn letztlich kommt die Dynamik von den Menschen und nicht von den Maschinen. Soziale Zufriedenheit in der Bevölkerung ist ein Standortfaktor für die europäische Wirtschaft - eine Erkenntnis, die sich immer mehr durchsetzt.

„Die soziale Dimension ist untrennbar verbunden mit der Lissabon-Strategie“, betonte daher auch Kommissionspräsident José Manuel Barroso bei der Präsentation der neu aufgelegten Sozialagenda. Sie umfasst 20 Initiativen aus den Bereichen Beschäftigung und soziale Angelegenheiten.

Die Globalisierung verunsichert die Europäer

Um das Potential voll auszuschöpfen, dürften auch Menschen mit Behinderungen oder auch nur aus bestimmten Vorurteilen heraus nicht vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden. Arbeitsplätze gehen nach Überzeugung der EU-Kommission in der EU auch deswegen verloren, weil Betriebsräte nach der derzeitigen Rechtslage über Grenzen hinweg nicht effektiv zusammenarbeiten. Zwei Drittel aller grenzüberschreitend tätigen Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern haben keine Betriebsräte.

Zum Sozialpaket gehört außerdem eine Reform des Anfang 2007 aufgelegten Globalisierungsfonds. Opfern von Arbeitsplatzverlagerungen soll der Zugang zu diesen Geldern erleichtert werden. Damit werden EU-Umschulungs- und Trainingsmaßnahmen finanziert. Die EU hat im sozialen Bereich nur begrenzte Befugnisse und Zuständigkeiten. Indem sie jedoch mit den Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern sowie den unterschiedlichen Interessengruppen zusammenarbeitet, kann sie etwas bewegen. Ohne die Anstöße der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments wären zum Beispiel viele Initiativen zu mehr Wachstum und Beschäftigung, zur Gleichstellung der Geschlechter oder zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht erfolgreich gewesen.

<http://ec.europa.eu/social>

■ EFB stellt EU-Grundsatzfragen an Parteien

Obwohl der Konflikt über die EU-Politik in der Großen Koalition ein Mitauslöser der Neuwahlen war, blieb Europa im Wahlkampf weitgehend ausgeblendet. Die Europäischen Föderalisten stellten daher an die Spitzenkandidaten aller bundesweit antretenden österreichischen Parteien europapolitische Grundsatzfragen. SPÖ, ÖVP, Grüne und Liberale bekennen sich zur EU und können sich einen Austritt Österreichs nicht vorstellen.

Die Beantwortung der Fragen durch Werner Faymann, Wilhelm Molterer, Alexander Van der Bellen und Heide Schmidt und das Ausbleiben von Antworten insbesondere von FPÖ und BZÖ zeigt einmal mehr, dass es innerhalb der Wahlwerbenden in Sachen Europa zwei Lager gibt: Die einen, die die Probleme ernst nehmen und konkrete Lösungen anbieten und die anderen, die die EU zwar angreifen und für billige Polemik missbrauchen, ja zum Teil sogar mit dem Austritt Österreichs spielen, aber in der Sache selbst keine Antworten geben können oder wollen.

Aus Sicht der Europäischen Föderalisten ist es positiv,

dass alle vier Parteien, die auf die Fragen geantwortet haben, einer Europäischen Verfassung prinzipiell positiv gegenüber stehen – wenngleich in unterschiedlicher Intensität. SPÖ und ÖVP halten dieses Thema derzeit nicht für aktuell, Grüne und Liberale sind da enthusiastischer. Keine Frage ist es für die „Pro-Europäer“ auch, dass der Vertrag von Lissabon in Kraft treten soll und ein wichtiger Schritt zu einer demokratischeren, effektiveren und bürgernäheren EU ist.

Für die EFB gilt nun: Nach den Worten müssen nun Taten folgen. Dazu gehört auch eine entsprechende Information der Bevölkerung über die EU. Und: Es bleibt zu hoffen, dass die europäisch (wenn auch nicht unkritisch) gestimmten Fraktionen über zukünftige Regierungs- und Oppositionsgrenzen hinweg für einen stabilen, reformorientierten Pro-EU-Kurs Österreichs sorgen werden, denn der ist im ureigensten Interesse aller Österreicher.

Die Fragen und ungekürzten Antworten der Parteien erhalten Sie unter office@efb.at



■ We change Europe



„Den Kurs der EU stärker mitbestimmen“ – das ist eine der Forderungen, die immer wieder von den Bürgerinnen und Bürgern der EU erhoben wird. Der Vertrag von Lissabon hätte diesbezüglich eine wichtige Neuerung gebracht: In Artikel 11.4 ist vorgesehen, dass Unionsbürger die EU-Kommission auffordern können, Vorschläge zu aus ihrer Sicht wichtigen Themen zu unterbreiten. Auch wenn der Lissabon-Vertrag vorerst auf Eis liegt, hat eine pro-europäische Plattform nun unter dem Motto „We change Europe“ ein Pilotprojekt gestartet, mit dem die Möglichkeiten der europäischen Bürgerinitiative schon jetzt genutzt werden sollen. Derzeit laufen Online-Initiativen zu zwei topaktuellen EU-Themen: Unter „we-enlarge“ geht es um die Forderung nach einem EU-weiten Referendum zur Erweiterungsfrage, bei „we-elect“ darum, den künftigen

EU-Präsidenten direkt von den Bürgern wählen zu lassen und nicht durch die EU-Staats- und Regierungschefs. Bei Interesse einfach unter www.we-change-europe.eu mitstimmen!

■ Schweden für Lissabon-Vertrag

Schwedens Parlament stimmte dem Lissabonner Reformvertrag der EU mit großer Mehrheit zu. Damit ist der Vertrag über die künftige Struktur der Union in 25 von 27 Mitgliedstaaten angenommen. EU-Kommissionspräsident Barroso erklärte dazu, dies sei ein wichtiger Schritt nach vorn für den Lissabon-Vertrag.



■ Einigung auf Agrarreform



Die neue Agrarreform der EU wird den Landwirtschaftssektor modernisieren und vereinfachen. Landwirte werden besser auf neue Herausforderungen wie Klimawandel, verbessertes Wasser-Management und den Schutz der Artenvielfalt reagieren können. Der „Gesundheitscheck“ erlaubt es, unsere Landwirte für die in den kommenden Jahren anstehenden Herausforderungen zu wappnen. Mehr Geld in die ländliche Entwicklung zu transferieren ermöglicht es uns, maßgeschneiderte Lösungen für die

speziellen regionalen Probleme zu finden. Im Kern beinhaltet der „Gesundheitscheck“ die Abschaffung der Landstilllegung, die stufenweise Erhöhung der Milchquote bis zu ihrer vollständigen Abschaffung in 2015 sowie die Umwandlung von Marktinterventionen in ein Sicherheitsnetz. Im Einzelnen betreffen die Reformen die stufenweise Erhöhung der Milchquote um ein Prozent pro Jahr, die Entkopplung von Direkt-Beihilfen an Landwirte sowie die Flexibilisierung der Direkt-Beihilfen für besonders problematische Bereiche. Zudem ist eine Erhöhung der Subventionen für junge Landwirte vorgesehen.

 **Bank Austria**
UniCredit Group

Filiale
Hauptplatz 4 / Bürgergasse 19
A - 8330 Feldbach
Tel.: 05 05 05-29530

■ Chance in der Krise



Gerade die jüngste Finanzkrise zeigt ganz deutlich, dass einzelstaatliche Maßnahmen in einer vernetzten Welt nicht mehr zielführend sind. Nur eine konzertierte Aktion aller EU-Staaten (und wahrscheinlich darüber hinaus auch der wichtigsten Handelspartner wie die USA, China etc.) wird in der Lage sein, diese Krise, die nun auch auf die Realwirtschaft überzugreifen droht, zu bewältigen.

Aber Krisenzeiten können auch als Chance begriffen werden – nämlich die bisherigen Schwächen der EU zu beseitigen. In meinen europäischen Funktionen als Präsident der SME-Union und Ehrenpräsident von EUROCHAMBRES habe ich dazu fünf konkrete Vorschläge gemacht:

Finanztransaktionssteuer als EU-Budget: Die Sicherung des Finanzsystems durch die Einrichtung von staatlichen Garantien und Sicherung der Spareinlagen war notwendig und richtig. Es ist aber nur recht und billig, wenn der Finanzsektor, der diese Krise verursacht hat, auch zur Sanierung beiträgt. Wenn man auf alle Finanztransaktionen eine Steuer von lediglich 0,2 Promille (d.h. 2 Euro bei einer Transaktion von 10.000 Euro) einhebt, könnte man damit das derzeitige EU-Budget von 130 Mrd. Euro finanzieren; alle Diskussionen über Nettozahler, britischen Beitragsrabatt wären ein für allemal beendet, die Mitgliedstaaten könnten die eingesparten Beträge für nationale Politiken (z.B. ein Konjunkturprogramm) nützen. Nachdem gerade die EU-Kommunikation sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene in letzter Zeit sträflich vernachlässigt worden ist, müsste zumindest 1% dieses neuen EU-Budgets für Europa-Bürgerinformation verwendet werden. Europainformation ist vor allem eine Bringschuld!

EU-Garantien für KMU: Nach der Sicherung des Finanzsystem muss nun aber die Frage folgen: Wer sichert unsere Betriebe?
Meine Forderung lautet: Die Kom-

mission soll durch die Europäische Investitionsbank (bzw. über nationale Kreditinstitute) für kleine und mittlere Unternehmen eine Garantie bis 50.000 Euro durch die EIB geben. Gerade KMU reagieren auf Wirtschaftskrisen nicht sofort mit Kündigungen, sondern behalten ihre Mitarbeiter auch in schlechten Zeiten. Durch die Tatsache, dass eine Garantie nur in Ausnahmefällen schlagend wird, könnte somit auch ein viel höherer Effekt erzielt werden als durch Zuschüsse.

Bürokratieabbau: Die europäischen Unternehmensverbände EUROCHAMBRES, SME-Union und JADE haben 21 Vorschläge für konkreten Bürokratieabbau vorgelegt, die Einsparungen in der Höhe von 3 Mrd. Euro erzielen könnten. Diese müssen nun rasch umgesetzt werden mit dem Ziel einer Reduktion der Verwaltungslasten für Unternehmer um 25 % bis 2012.

Klimaschutz: Keine Bestrafung, sondern Belohnung von unternehmerischen Umweltpionieren. Die Wirtschaft bekennt sich zu den sehr ambitionierten Klimaschutzzielen bis zum Jahre 2020. Allerdings darf das nicht dazu führen, dass Unternehmen, die schon in der Vergangenheit sehr viel investiert haben, dafür auch noch

bestraft werden. Deshalb unser Vorschlag: wer die beste Technologie hat, soll für die Emissionszertifikate nichts zahlen müssen. Sonst „exportieren“ wir Unternehmen und die Jobs in außereuropäische Länder, die keine oder geringere Umweltvorschriften haben und „importieren“ die CO2-Probleme über die dann dort produzierten Produkte. Die Umwelt hätte davon gar nichts, die Arbeitsplätze in Europa wären aber verloren.

Bildung ist der Erfolgsschlüssel im globalen Wettbewerb. Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, bedarf es einer sogenannten IQ-Strategie. „I“ steht für Innovation und „Q“ für Qualifikation. Ich schlage eine Art „Marshall-Plan für Qualifikation“ vor, der aus den Strafen für Wettbewerbsverstöße finanziert werden könnte. In das EU-Budget fließen derzeit rund 3 Mrd. Euro aus den dafür verhängten Strafen (Kartelle und Missbräuche von marktbeherrschender Stellung). So würden Wettbewerbsverstöße zu einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit führen.

*Dr. Christoph Leitl
Präsident der WKÖ
Ehrenpräsident der Europäischen
Wirtschaftskammer*

In jeder Beziehung
zählen die Menschen.

www.steiermaerkische.at

Steiermärkische
SPARKASSE 

■ EU vor der Europawahl 2009

Zum 43. Mal hatte **Max Wratschgo** zu Europagesprächen der EFB und des BEJ eingeladen, an denen auch Gäste aus Deutschland, Italien, Ungarn, Slowenien und der Slowakei teilnahmen. Die Bedeutung des Europaparlamentes stand dabei im Mittelpunkt.



Prof. Kurt Jungwirth, Obmann der Europäischen Föderalisten, konnte in seiner Eröffnung auf Europawahlen verweisen, die von der EFB schon **1959 in Feldbach** und anderen Orten der Steiermark durchgeführt wurden. Damit wurde ein Grundstein für die Mitbestimmung der Menschen in Europa gelegt.

Dkfm. Franz Hölzl von der Europa Union Bayern brachte als Moderator die brennendsten Themen der aktuellen europäischen Entwicklung auf die Tagesordnung: Kaukasuspolitik, Klimafrage, Einwanderung, alles überlagert durch die weltweite Finanzkrise.

Mag. Jörg Leichtfried machte als **sozialdemokratischer** Europaparlamentarier deutlich, welche Bedeutung das Europäische Parlament heute schon bei der Gestaltung der europäischen Politik hat. Europa sei kein Monolith, es ge-

be heftige Auseinandersetzungen über die Richtung der Europapolitik Welche Richtung sich durchsetze, werde wesentlich durch die Wahl des Europaparlamentes entschieden. Diese Mitgestaltungsmöglichkeit der europäischen Bürger müsse herausgestrichen werden. Im Europaparlament gebe es eine lebendige Demokratie ohne fixe Mehrheiten und Fraktionszwang. Gesetzesvorlagen der Europäischen Kommission werden von den Europaparlamentariern in viel stärkeren Maß geändert, als das bei den Regierungsvorlagen in den nationalen Parlamenten der Fall sei. In der Frage einer Volksabstimmung zeigte sich Leichtfried zumindest unzufrieden mit der Art, wie dieses Thema kommuniziert worden sei. Es sei die Frage nach der Rolle der Medien in der Europafrage zu stellen. Immerhin zwingt aber eine Volksabstimmung die Politik, Positionen zu beziehen und dann für deren Durchsetzung zu kämpfen.

Mag. Werner Kogler, Abgeordneter zum Nationalrat, verteidigte die **Position der Grünen**, dass eine Volksabstimmung über Europaverträge nicht sinnvoll sei. Wenn, dann müsse es europaweite Abstimmungen geben. Werner Kogler stellte die Frage in den Raum, warum in Fragen der Europapolitik Polemik so wirksam sei. Unzufriedenheit mit der Politik gebe es auch in Österreich, niemand stelle aber gleich die Existenz des Staates in Frage. Notwendig sei die Schaffung eines Europabewusstseins. Auf dieser Basis könne man dann über die Art der Politik in der EU diskutieren, ohne die EU



grundsätzlich abzulehnen. Die aktuelle Finanzkrise zeige, dass die EU nicht zu viele, sondern zu wenig Kompetenzen habe, betonte Kogler.

Univ.-Prof. Beatrix Karl, Abgeordnete zum Nationalrat, vertrat die **Meinung der ÖVP**, dass Europafragen zu komplex seien, um sie in einer Volksabstimmung mit Ja oder Nein beantworten zu können. Die Forderung nach einem sozialen Europa hielt Prof. Beatrix Karl für polemisch, wenn nicht deutlich gemacht werde, welche Fortschritte in sozialen Fragen die EU bis jetzt schon gebracht habe. Sie verwies dabei besonders auf den Arbeitnehmerschutz. Die EU müsse, nicht nur in der sozialen Frage, weiter entwickelt werden.



Auf dem Podium v. links: Mag. Werner Kogler, Prof. Kurt Jungwirth, U-Prof. Beatrix Karl, Dkfm. Franz Hölzl, Mag. Jörg Leichtfried

■ Heftige Kritik



Zur derzeitigen Lage der Europapolitik mussten sich die Referenten von den Teilnehmern heftige Kritik gefallen lassen. Schlussendlich waren sich Referenten und Diskussionsteilnehmer bei den diesjährigen Feldbacher Europagesprächen darüber einig, dass nur ein starkes gemeinsames Auftreten Europas wichtig ist, das zeigt sich in der aktuellen weltweiten Finanzkrise. Nicht nur dieses Problem, sondern alle wichtigen Fragen unserer Zeit lassen sich nicht national lösen. Welche Politik Europa dabei verfolgt, muss demokratisch im Europaparlament entschieden werden.

■ Im Gedenken

Die jahrelange Teilnahme an den Feldbacher Europagesprächen waren Anlass, Jonna Jensen-Marini in Anerkennung ihrer großen Verdienste für die Kriegsgräberfürsorge eine sichtbare Auszeichnung des Österreichischen Schwarzen Kreuzes zu verleihen.

Frau Assessor Jonna Hess Jensen-Marini aus Lusiana hat im Jahr 2005 das Melettagedenken am Monte Meletta/Fior in den „Sieben Gemeinden“ vorbereitet und organisiert. Dieses Melettagedenken 2005 fand erstmals in Italien unter Teilnahme starker Abordnungen aus Bosnien und Herzegowina sowie aus Österreich statt. Die Auszeichnung konnte nur mehr posthum erfolgen – Jonna ist am 27. September 2007 verstorben (wir berichteten). Dr. Herwig Brandstetter vom Schwarzen Kreuz Österreich (Bildmitte) mit Lorenzo Marini und Tochter Annamaria



■ Exkursion



Im Rahmen der Europagespräche fand für die Gäste aus Deutschland, Italien, der Slowakei und Ungarn eine zweitägige Studienreise in das Komitat Vas und durch die nördliche Oststeiermark statt.

Nach der Begrüßung und einer Stadtführung in Szombathe-ly/Steinamanger wurde die Gruppe vom **Präsidenten des Komitates Ferenc Kovacs** im Sitzungssaal empfangen.

Nach einem ausgiebigen Mittagessen im Tó Restaurant (Restaurant am See) ging es weiter nach Köszeg/Güns. Dort wurde die Delegation vom Leiter des Europahauses Köszeg und von **Bürgermeister László Huber** empfangen. Nach dem Besuch im Handwerksmuseum führte der Weg in das Haus der Weine und abschließend in eine

gemütliche Hatarcsarda in Bozsok zu einem typischen Abendessen mit gemütlichem Ausklang.

Für die großartige Organisation in Ungarn sei Judit Bano-vits und Márta Cser herzlichst gedankt.

Der zweite Tag führte in die nördliche Oststeiermark zum Stift Vorau und in das anliegende Freilichtmuseum und endete mit einer Stadtführung in Hartberg.

Diese Exkursion organisierte und leitete mit profundem Wissen **Hans Trsek**. Großer Dank dafür.

Die Delegation der Europa Union Deutschland ließ sich vor der Heimreise von Max Wratschgo auf einen Abstecher in die steirische Landeshauptstadt Graz entführen.

■ Die Jugend als Schlüssel für globale Lösungen

Mehr als 50% der Weltbevölkerung ist jugendlich. Diese demographische Lage legt es nahe, die Jugend als Schlüssel zur Lösung von Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu sehen. Auch am 4. WYC, an dem sich auch dieses Mal der BEJ/JEF beteiligte, stand das Konzept des *youth-led-development* im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Im August versammelten sich in der frankofonen kanadischen Provinz Québec 600 Jugendliche aus 120 Ländern auf Einladung der internationalen Nichtregierungsorganisation Peacechild International zum 4. Weltjugendkongress. Die Organisation sieht ihren Namen einer alten papua-neuguinesischen Tradition des Kinderaustausches zwischen verfeindeten Stämmen zur Friedenssicherung entstammen und setzt sich für *youth-empowerment*, die Förderung der nachhaltigen und von Jugendlichen getragenen Entwicklung sowie die Umsetzung der Millenniumsziele der VN ein. Durch die Millenniumsziele der VN setzten sich die Mitgliedstaaten im Jahre 2000 acht messbare Ziele im Bereich der Armut- und Krankheitsbekämpfung sowie der Sterblichkeit und des Umweltschutzes. Abgesehen von Problemen bei der Zielsetzung selbst und der Messbarkeit der Resultate werden trotz beachtlicher Teilerfolge wegen fehlender Verantwortlichkeit und einem Mangel an Finanzierung die UN Millenniumsziele bis 2015 wohl nicht erreicht werden können.

Der Aufruf der Teilnehmer des WYC, die Jugend und die Zivilgesellschaft vermehrt als Partner im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu sehen, sollte also neue Perspektiven eröffnen, um der erschreckenden Tatsache, dass derzeit mehr als eine Milliarde Menschen an Unterernährung



7 junge Menschen aus Ghana, Niger, Sri Lanka, Kanada, Österreich, Afghanistan und Kenia, die die Welt verändern möchten

und schwerster Armut leiden, endlich mehr Taten folgen zu lassen.

Die WYC Serie begann im Jahre 1999 in Hawaii, danach gab es Weltjugendkongresse in Schottland und in Marokko. Der Kongress selbst lief nach dem dreigliedrigen Schema der WYC Serie ab, bestehend aus *celebration*, *skillbuilding* und *action*. Im *celebration* Teil wurden die Teilnehmer motiviert, aktiv zu werden. Dank eines aufwendigen Kulturprogramms, brennender Reden und einer improvisierten Demonstration gelang das auch recht professionell, wirkte aber manchmal etwas konstruiert und pathetisch. Im anschließenden *skillbuilding* Teil wurden aktive Jugendliche mit Verantwortlichen aus internationalen Organisationen und Institutionen in Kontakt gebracht. In Workshops wurde Wissen vermittelt und die Erfahrungen der Teilnehmer ausgetauscht. Zu Ende des *skillbuilding* Teils konnten TeilnehmerInnen Projektanträge formulieren und an die Organisatoren richten, wobei angenommene Projekte mit rund 1000US\$

gefördert wurden. Der *action* Teil des Kongresses bestand schließlich aus *action projects*, bei denen sich Teilnehmer an bestehenden Jugend- und Umweltprojekten in Quebec beteiligen konnten. Eine Besonderheit des WYC war auch die Einbeziehung von IKT, wodurch neue Möglichkeiten, ressourcensparend Menschen aus der ganzen Welt in Kontakt zu bringen, aufgezeigt wurden. Der Kongress schloss mit einem Ausblick auf den WYC in Istanbul im Jahre 2010, der sich noch ambitioniertere Ziele setzt als sein Vorgänger.

Der Kongress war eine einmalige Gelegenheit mit vielen Schlüsselakteuren und *peers* im Bereich der Entwicklungspolitik in Kontakt zu kommen. Die Organisatoren, unter denen sich auch der österreichische Verein United Games of Nations befindet, haben es geschafft, viele relevante Personen und Institutionen nach Québec zu bringen und somit den WYC zu einem sichtbaren Teilerfolg auf dem Weg zu einer Welt ohne Armut zu machen. *Gregor Novak*

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

... auch unter www.rbneumarkt.at

**Raiffeisenbank
Neumarkt-Scheifling**



■ UEF Kongress Paris

Von 10. bis 12. Oktober 2008 fand in Paris der XXII. Kongress der Union Europäischer Föderalisten- Dachverband der EFB und des BEJ/JEF- statt. Die österreichischen Föderalisten konnten dabei erfreulicherweise eine der größten und jüngsten Delegationen vorweisen. Neben dem aktuellen Thema der Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die EU waren vor allem Strategien hinsichtlich der ins Haus stehenden Wahlen zum Europäischen Parlament Gegenstand heftiger Diskussionen. Drei politische Kommissionen behandelten die vorliegenden Resolutionen: „Kampagne zur Europa-Wahl“, „Europäische Außenpolitik, Energiesicherheit und Einwanderungsfragen“ und „Europa der Bürgerinnen und Bürger - das europäische Sozialmodell und die Veränderungen durch die Globalisierung“. Außerdem hatte eine Arbeitsgruppe die Satzung der UEF grundlegend überarbeitet. Diese wurde vom Kongress einstimmig verabschiedet.

Bei den Neuwahlen wurde der aus Cambridge stammende liberale Europaabgeordnete Andrew Duff zum neuen UEF-Präsidenten gewählt. In seiner Antrittsrede betonte Duff, die Europäische Union müsse eine stärkere und effizienter arbeitende politische Einheit formen, um die Herausforderungen im Bereich Sicherheit, Wirtschaft und Umwelt annehmen zu können. Ziel der UEF sei daher die Entwicklung einer föderalen Union der Staaten und Bürger. Ihm zur Seite stehen als Vizepräsidenten **Philipp Agathonos** (AUT), Guido Montani (I) und Heinz Wilhelm Schaumann (D). Weiteres Vorstandsmitglied für Österreich ist **Barbara Mairleitner**.

Einen überraschend hohen Anteil österreichischer Mitglieder ergab die Direktwahl zum Bundeskomitee: Philipp Agathonos, Ines Bernauer, Friedhelm Frischenschlager, Barbara Mairleitner, Gregor Novak, Harald Stieber und Peter Stempel. Die national nominierten Mitglieder sind Abdul Aydemir, Jörg Berger, Daniel Gerer, Christa Hofmeister, Günter Lindner und Natalie Staniewicz. Sabine Radl ist ab nun Mitglied des Schiedsausschusses. Sergio Pistone aus Italien wurde nach 25-jähriger Vorstandstätigkeit unter Beifallsbekundungen verabschiedet und ist nun Ehrenmitglied, wie auch Friedhelm Frischenschlager, Alfonso Iozzo, John Parry und Jo Leinen. Zusätzliche Informationen finden Sie auf der Internetseite der UEF unter www.federaleurope.org.

Barbara Mairleitner

■ Kulturdekade im Banater Bergland

Die Vizepräsidenten der EFB Christa Hofmeister und OSR Erich Wörister nahmen an der 18. Deutschen Kulturdekade der Banater Berglanddeutschen Anfang Oktober in Reschitz teil. Diese Kulturdekaden zeichnen eine Brücke zwischen dem was war und dem was kommen wird und beinhalten neben umfangreichen kulturellen Veranstaltungen, auch Vortragsreihen.

Auf dem Programm standen auch Gastveranstaltungen mit Referenten aus Österreich.

Im „Diaconovici-Tietz“-Lyzeum sprach Erich Wörister zum Thema „Tirol – vom Kronland zur Europaregion“. Zu angeregter Diskussion verleitete Christa Hofmeister mit dem Thema „Europa – wo stehen wir?“.



Der Europagedanke Hand auf Hand v.l. Erwin Tigla, Botschafter Dr. Martin Eichtinger, Honorarkonsul Vasile Onofrei, Erich Wörister und Christa Hofmeister. Als Vertreter der EFB überreichte Vizepräsidentin Christa Hofmeister „Europa auf einen Blick“ als Gastgeschenk in rumänischer Sprache.

■ Ehrenbürger

Nachträglich teilen wir mit, dass im Rahmen der ordentlichen Stadtratssitzung des Munizipiums Reschitza an den Vorsitzenden der Deutschen Vortragsreihe **Erwin Tigla** einstimmig die Ehrenbürgerschaft seiner Heimatstadt Reschitza verliehen wurde. Die Europäischen Föderalisten Österreich gratulieren aufrichtig.

ÖFFENTLICHES MEDIUM

Dieses Medium liest der

»**OBSERVER**«

ÖSTERREICHS VOLLSTÄNDIGSTER MEDIENBEOBACHTER
SEIT 1896

Web: www.observer.at

Fon: 01 213 22 *0



Helmut Saurugg
Leiter d. Filiale Feldbach
Tel. 03152/5012-5790

Kommen wir ins Gespräch.

■ Landesverband Kärnten

Zum Thema Europäische Sozialpolitik im regionalen Kontext – Chancen und Herausforderungen für ein soziales Europa referierte am 11. September **Sozialminister Dr. Erwin Buchinger** auf Einladung des Vorstandsvorsitzenden des Europahauses Klagenfurt, **Nikolaus Lanner**, in der Alpen-Adria Universität Klagenfurt. Nach der Begrüßung durch Landesrat **Dr. Peter Kaiser** und dem Hausherrn, Rektor **Univ. Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich C. Mayr** übernahm der Kärntner Landesobmann der EFBÖ, HAK-Direktor **Prof. Mag. Heinz-Karl Rieger**, die weitere Moderation.



Minister Buchinger übte scharfe Kritik an der Praxis der EU, die Sozialpolitik der Wirtschaftspolitik unterzuordnen und bezeichnete dies als „schweren Fehler“, der den Beschlüssen der konservativ-liberalen Sozialminister „zu verdanken“ sei, die ja die Mehrheit im Ministerrat stellen. Österreich werde das Ziel, bis 2010 die Beschäftigungsquote auf 70% und die Frauenerwerbsquote auf 60% zu erhöhen, mit Sicherheit erreichen. Allerdings stehe Österreich bei der Erwerbsquote der 55- bis 65-Jährigen derzeit bei 38%. Das Ziel, bis 2010 eine Quote von 50% zu erreichen, sei realistisch nicht mehr zu schaffen. Auch bei der Betreuung der unter Dreijährigen in Kinderkrippen und der Drei- bis Sechsjährigen in Kindergärten gab Buchinger zu, dass Österreich unter der Zielvorgabe in der EU liege und hier ein Umdenken notwendig sei. Sozialpolitik müsse sinnvoller Bestandteil einer produktiven Wirtschaft sein, betonte Buchinger und sprach sich strikt dagegen aus, auf europäischer Ebene eine einseitige Politik zu betreiben, die nur den Interessen der Konzerne diene.

In der anschließenden Diskussion brachte das Publikum eigene Erfahrungen ein und Sozialminister Buchinger sagte zu, in einigen dargelegten Härtefällen zu versuchen, für Abhilfe zu sorgen. Zum österreichischen Thema der Mindestsicherung gab er sich optimistisch, dass der Bund zusammen mit den Ländern eine konstruktive Basis finden werde.

■ Landesverband Vorarlberg

Am 18.09.08 fand im Vereinshaus Dornbirn die Landeshauptversammlung der Europa-Union Vorarlberg statt. Landesobmann Dr. Anton Schäfer konnte dank Unterstützung seiner Mitarbeiter einen umfangreichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Die anschließenden Neuwahlen brachten folgendes Ergebnis: Ehrenpräsident: Stadtrat a.D. Rudolf Fischer; Landesobmann: Dr. Anton Schäfer; LO-Stv.: Jadwiga Müller, Andreas Müller, Andreas Weber; Schriftführerin: Ing. Erna Fliri; Finanzreferent: Erich de Gaspari

■ Neuerscheinungen



Akronyme

Begriffe und Zitiervorschläge für den rechtswissenschaftlichen Bereich in Europa mit dem Schwerpunkt deutschsprachiger Länder
Herausgeber: Anton Schäfer

ISBN: 978-3-7046-5112-9 / Preis: € 85,- / Verlag Österreich



EUV / EGV / AEU - Synopse

Die Verträge zur Gründung der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft in einer synoptischen Gegenüberstellung

Herausgeber: Antonius Opilio

ISBN: 978-3-901924-27-9 / Preis: € 39,85 / Edition Europa Verlag

■ Wandkarte, Poster und Tischunterlage



Diese Unterlagen können unter www.europajugend.at und im Büro der EFB bestellt werden.

Telefon: 03152/2497, Fax -14 oder mobil: 0676 317 1420 oder per e-mail: office@europajugend.at

Europa hat sich schon immer durch Vielfalt ausgezeichnet. Europa ist das Zusammenleben vieler Völker und Kulturen auf einem kleinen Kontinent und in dieser Vielfalt ist Europa auch eine Einheit. Das scheinbar immer schwieriger werdende Europa der Zukunft war auch in diesem Jahr zentraler Punkt unserer mit Erfolg abgeschlossenen Jahresarbeit in Neumarkt. Erfreulich ist, dass neben den inhaltlichen Erfolgen das Europahaus Neumarkt in diesem Jahr auch einen **Nächtigungszuwachs von über 4 %** verzeichnen kann. Erfreulich ist, dass auch neben unseren traditionellen Veranstaltungen Gastveranstaltungen, Freundschafts- und Partnerschaftstreffen unseren Programmkalender bereichern. Für die Saison 2009 ist das Haus mit Nächtigungen durch Veranstaltungen zum Großteil bereits ausgelastet. Der Schwerpunkt der europäischen Veranstaltung im ersten Halbjahr wird verstärkt in der Information zu den „Wahlen zum Europäischen Parlament“ am 7. Juni 2009 liegen.

■ Baustelle

Das Europahaus Neumarkt ist geprägt von Traditionellem, Interessanten bietet auch Platz für Veranstaltungen für Institutionen, Schulgruppen, Darbietungen Kunstschaffender, Treffen und Festlichkeiten jeglicher Art. Dieses historische Bauwerk sorgt aber auch immer wieder für Renovierungs- und Sanierungsarbeiten.



Die angekündigte Sanierung der Außenstiege zum Turmtrakt konnte fertig gestellt werden. Die in sehr desolat befindlichen Zustand der Fensterbalken werden saniert und stehen vor der Fertigstellung. Unvorhergesehen aber dringlich war die Sanierung des Terrassendaches über den Wintergarten. Die Sanierung der Polsterhölzer sowie der Holzroste muss auf das Frühjahr verschoben werden.



Im Weiteren sind umfangreiche Malerarbeiten noch ausständig und werden in den Wintermonaten beendet werden. Unter Beobachtung gestellt werden muss ein Sprung im Gebäudeteil Südtrakt, dem „Glasspione“ eingesetzt wurden.

Marktgemeinde Neumarkt
Versorgungsbetriebsges.m.b.H

Freimoosstraße 24
8820 Neumarkt

Tel. 03584/2255
Fax 03584/2255-13
e-mail: office@ew-nmkt.at



Elektrizitätsversorgung
Freileitungsbau
Elektroinstallationen
Elektrogerätehandel
Sat-TV-Video

ATU-29450803
DVR-0996122
FN 81101f - Landesgericht Leoben



FLEISCHMANN & PETSCHNIG
Dachdeckungs-Gesellschaft m.b.H.

Klagenfurt
Villach
Neumarkt/Steiermark

■ Danke

Die Friedensidee Europa ist eine der großen Aufgaben und Verpflichtungen unserer Zeit. Sie erfordert tätigen Einsatz, benötigt Ausdauer, Mut und Fantasie. Bei dieser Gelegenheit danken wir im Namen der Europäischen Föderalisten und des Europaheuses all jenen, die uns bei der Erfüllung dieser großen Aufgabe und bei der Erhaltung des Europaheuses - der Burg des europäischen Gedankens - unterstützen.

Spendenliste Stand 6. Sept. – 26. Nov. 08

HR Mag. Almer Herlinde und

Alois, Anger	20,-
Dr. Auer Raimund, Neumarkt	20,-
Ing. Baldauf Manfred, Neumarkt	20,-
BC Hart bei Graz	30,-
Benediktinerstift St. Lambrecht	500,-
Berg Wilhelm, Grafendorf	30,-
LTP. Beutl Walburga, St. Anna/A.	40,-
Ing. Bischof Josef, Schöder	50,-
Böhm Heinrich u. Christl, Leonding	30,-
Ing. Brandl Karl, Feldbach	20,-
Dr. Brandstetter Herwig, Graz	10,-
Csejtei Michael, Feldbach	50,-
Bgm.a.D. Deutschmann Karl, Feldb.	10,-
Diechler Johann, Neumarkt	50,-
Diepold Rudolf, Kindberg	10,-
KADir.i.R. Dr. Dorfer Leopold, Murau	50,-
Druckhaus Scharmer, Feldbach	100,-
Bgm.a.D. OSR Edlinger Matthias, Neumarkt	20,-
Edlinger Veronika, Neumarkt	25,-
Eisenberger Hans, Neumarkt	25,-
Bgm. Esterl Otto, Krakauschatten	20,-
Europa-Union Oberbayern	250,-
Feibel Oskar, Schwanberg	10,-
Feldbach Stadtgemeinde	365,-
NR a.D. Fink Ernst u. Inge, Riegersburg	20,-
Stadtrat a.D. Fischer Rudolf u. Esther, Dornbirn	20,-
Fleissner Ilse, Feldbach	10,-
Frühwirth Alois, Paldau	100,-
HR DI Fürhapter Heinrich, Feldbach	20,-
Gamperl Wilhelm, Bad Gleichenberg	20,-
Gassler Luise, Neumarkt	20,-
Dr. Geißler Walter, Klagenfurt	30,-
DI Gernat Christian, Tamsweg	150,-
Glaser Karl-Horst, Linz	50,-
Göschel Wilhelm u. Eva, Stein/Enns	30,-
Gruber Fraz, Bruck/Mur	20,-
NR a.D. Dr. Hafner Johann, Graz	30,-
OSR Haidenbauer Helmut, Feldbach	10,-
Mag. Hallama Werner, Neumarkt	10,-
OSR Hebenstreit Alois, Kirchberg/R.	15,-
Dr. Heincz Günther, Güssing	10,-
HR Mag. Hermann Manfred	10,-
GR Karl-Heinz Herper, Graz	20,-



Hofmeister Christine, Feldbach	100,-	Fam. Reif Peter u. Judith, Neumarkt	50,-
HR Dr. Jedliczka Hans, Mauerbach	10,-	Mag. Resch Monika, Jagerberg	30,-
Kanduth Richard, Admont	30,-	LAbg. Riebenbauer Franz, Pinggau	20,-
Ing. Kaufmann Sepp, Feldbach	20,-	Rieger Gertrud, Neumarkt	15,-
OSR Kellermeier Edmund, Feldbach	10,-	DI Rodlauer Franz, Murau	10,-
Köck Roswitha, Neumarkt	7,-	Rösch Paul, Klagenfurt	50,-
Dr. Kostka Helga, Graz	20,-	OSR Rosenberger Siegbert, Gleisdorf	15,-
Bgm.a.D. ADir. Kranz Karl, Neumarkt	35,-	Rossegger Elfriede, Mürtzschlag	50,-
Kraxner Harald, Neumarkt	50,-	Mag. Dr. Rübiger Paul, MEP, Wels	10,-
Dr. Kremaier Franz, Wilhering	50,-	Sackl Vinzenz, Hausdorf	20,-
Dr. Krenn Willi, Graz	10,-	RR Salesny Anton, Stockerau	12,-
HR Dr. Kreuzwirth Helmuth, Graz	20,-	Dir. Saurugg Helmut, Feldbach	50,-
Kümmel Felix, Strassengel	30,-	Schaberl Romana, Feldbach	10,-
Lederer Horst, Feldbach	10,-	KR Schenner Johann, Bad Goisern	100,-
Lewinski Hannes, Wien	10,-	OSR Schreinlechner Rudolf, Neumarkt	20,-
LAbg.a.D. Altbgm. Lind Sepp, Hartberg	15,-	Schuch Hermann, Kitzladen	50,-
Luder Heidi, St. Margarethen/R.	20,-	Schüssler Irmgard,	
OSR Macor Claudio, Fürstenfeld	30,-	Judendorf-Straßengel	20,-
BSI Markel Helmut, Feldbach	10,-	Dr. Schwab Guido, Neumarkt	70,-
Dir. Meier Erhard, Bad Aussee	20,-	Dr. Seel Helmut, Graz	10,-
RR Merschitzka Heinz, Linz	25,-	Dir. Seidl Gotthard, Neumarkt	35,-
Dr. Moser Alfred, Graz	100,-	Seidl Robert, Zeutschach	20,-
Moser Karl, Neumarkt	30,-	Dr. Seiringer Johannes, Gießhübel	20,-
Müller Helmut, Wien	30,-	DI Skubic Paul, Steyr	30,-
Bgm. Nell Franz, Kapfenstein	20,-	Stadl/Mur, Gemeinde	30,-
Fam. Neugebauer, Lölling	10,-	Steidler Edith, Graz	25,-
HR Dr. Neuhofer Hans, Wels	30,-	Stefanitsch Eduard u. Marlene,	
DI Niss Ernst, Leonding	5,-	Feldbach	20,-
Mag. Nodes Bruno, Altmünster	25,-	Steir. ÖAAB, Graz	50,-
Oö Landesregierung	1.500,-	Stoiser Hans, Leibnitz	20,-
HR Dr. Ortner Gerold u. Stefanie, Graz	20,-	RR OSR Strausz Josef, Hartberg	15,-
ÖVP-Landesparteileitung Steiermark	30,-	Strohmeier Coloman, Neumarkt	60,-
BM a.D. Dr. Pahr Willibald, Wien	50,-	Dr. Stürmer Gerhard, Linz	250,-
Palli Johann, Neumarkt	10,-	Supan Ingrid, Feldbach	20,-
Peissl Renate, Neumarkt	50,-	Mag. Tabloner Katharina, Studenzen	50,-
Pfundner Ferdinand, Neumarkt †	15,-	unbekannt	10,-
Pilgram Otwin, Neumarkt	6,-	unbekannt	30,-
LAbg. Prattes Erich, Leoben	30,-	unbekannt	10,-
Predlitz-Turrach, Gemeinde	200,-	LTP a.D. Dir. Uster Leo, Kühnsdorf	15,-
Pühringer Katharina, Neumarkt	50,-	Weinseiss Hubert, Neumarkt	15,-
NR a.D. Dr. Puntigam Alois, Graz	20,-	OSR Welzl Albin, Raabau	10,-
UProf. Dr. Rack Reinhard, MEP, Graz	1.000,-	Wimmer Johann u. Ingrid, Andorf	20,-
Bgm. Racz Reinhardt, Neumarkt	50,-	Bgm. a.D. Windhager Werner, St. Gallen	20,-
Mag. Dr. Radimsky Ingeborg,		Winkler Bernhard, Neumarkt	20,-
Bad Gleichenberg	10,08	Wirtschaftskammer Österreich	1.000,-
DI Rauch Josef, Gnas	20,-	OSR Dir. Wörister Erich, Axams	60,-
OSR Rechberger Adolf u. Margarete,		Wratschgo Wolfgang, Gleisdorf	20,-
Kaindorf/S.	20,-	KR Zechner Gabriel, Neumarkt	36,-
Reichl Walter, Neumarkt	10,-	OSR Zelatin Joachim, Graz	20,-
Mag. Reidlinger Erich, Neumarkt	25,-	Zengerer Sylvia, Grosspesendorf	15,-
		Zuchi Richard, Mariahof	20,-

■ Zum Geburtstag



Mit einer Matinee feierten die EFB und der BEJ/JEF den 65. Geburtstag ihres **Präsidenten Friedhelm Frischenschlager**. Unter den zahlreichen Gratulanten mischten sich die Staatssekretäre Andreas Schieder und Hans Winkler sowie der Vizepräsident des europäischen Dachverbandes (UEF) Philipp Agathonos. Für die musikalische Untermalung sorgten die Klarinettenisten der Vienna Clarinet Connection.

■ Verdienste in NÖ



In Würdigung seiner Verdienste um das Bundesland Niederösterreich wurde **Konsulent Josef Bauernberger**, Landesobmann der EFB/OÖ, von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll mit der „Gedenkmedaille des Landes Niederösterreich“ ausgezeichnet.

■ Verdienter Sportfunktionär



Staatssekretär Dr. Reinhold Lopatka überreichte in Gleisdorf dem Gründer des Rb Europajugend **Wolfgang Wratschgo** für seine Funktionärstätigkeit im österreichischen Sport, das „Silberne Verdienstzeichen der Republik Österreich“.

■ Grenzüberschreitend in Hartberg



Der Bezirk Hartberg brilliert nicht nur mit seinen „Europatagen“. Der Verein zur Förderung internationaler Begegnungen lud die **Marionettenspielgruppe aus Debrecen/H** zu einem Gastspiel ein. Diese internationale erfahrene Gruppe trat mit einem Märchen gekonnt auf und entfachte bei kleinen und großen Zusehern in Eichberg, Vorau, Bad Waltersdorf und Rohrbach große Begeisterung

■ Erzieherbund-Künstlerin

Die langjährige Funktionärin des EEB, **Herlinde Almer**, stellte kürzlich im Lenau-Haus in Pécs ihre Bilder aus und erweckte großen Begeisterung bei den kunstbegeisterten Gästen. Der Direktor des Lenau-Hauses **Janós Habel** begrüßte die steirische Künstlerin mit ihrer Delegation sehr herzlich und betonte, dass diese Bilder eine Bereicherung in dieser internationalen Begegnungsstätte seien.



Die Gruppe aus der Steiermark genoss ein umfangreiches Rahmenprogramm und wurde bestens von **OSTR Dr. Jozsef Lantos** aus Pécs betreut.

Vorschau Vorschau Vorschau

Am **Dienstag, 09.12.08** findet von 10-12 Uhr die **Informationsveranstaltung „Menschenrechte“** mit Bgm.a.D. Alfred Stingl im Vortragssaal des Bundesschulzentrum Hartberg statt (Veranstalter: BEJ, BAKIP Hartberg, EFB, Verein internationaler Begegnungen)

In der Nummer 1-2009 der Europastimme berichten wir über das Kamingsgespräch in St. Magdalena und über das Europa-Seminar für Lehrer im Bildungshaus Retzhof.

Am **Freitag, 13. Feber 2009** findet in Feldbach das **Landwirtschaftsseminar „Die rumänische Landwirtschaft seit dem EU-Beitritt - Auswirkungen für Österreich“** mit Andreas Graf Bardeau, Honorarkonsul der Republik Österreich Temesvar statt.

Migration im Europahaus Neumarkt

Am 10. November 2008 lud das Karl Brunner Europahaus in Neumarkt in Kooperation mit dem Bildungsnetzwerk Steiermark zum Diskussionsabend „Wir und die Anderen. Migration im Oberen Murtal“ ein. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage: Was müssen wir tun, um gegenseitiges Verständnis und einen für alle Seiten gewinnbringenden Austausch zu fördern? Eine Frage, die wohl nicht leicht zu beantworten ist.



Die im Vorfeld der Veranstaltung von SchülerInnen des BG/BRG Knittelfeld, dem BORG Murau, der Fachschule für Land- und Ernährungswirtschaft und der HAK Judenburg im Oberen Murtal durchgeführte Umfrage hat gezeigt, dass die Einstellung zur Migration und zu MigrantInnen allgemein sehr unterschiedlich ist.



Warum die Einstellung zur Migration oft negativ ist, hat Präsident von der Caritas Österreich, **Dir. Franz Küberl**, aufgezeigt. Die meisten Ängste und Vorurteile entstehen oft dort, wo kein Dialog und kein Austausch stattfinden. Integration passiert nicht einseitig, sondern erfordert Bemühungen von vielen Seiten. Es gilt die Sichtweisen und Bedürfnisse der Bevölkerung und der MigrantInnen gleichermaßen zu berücksichtigen.



Um die Sichtweise eines „Zuwanderers“ ging es auch im Referat von **Fred Ohenhen**, der aus Nigeria stammt und seit vielen Jahren in Österreich lebt. Er berichtete über seine Erfahrungen in Österreich, die nicht immer gut waren, ihn aber nicht verzweifeln ließen, sondern zu mehr Aufklärungsarbeit in Kindergärten und Schulen motiviert haben.

In der Diskussion standen die Referenten, sowie die Geschäftsführerin vom Bildungsnetzwerk Steiermark Mag.^a Grete Dorner, für Publikumsfragen zur Verfügung. Moderiert wurde der Diskussionsabend von Mag. Alfred Baltzer.

